

## Fritzlar 1928 bis 1933 – Die Zeit der Faschisierung

Manfred Kieserling

Der Landkreis Fritzlar grenzt südlich an den Landkreis Kassel. Diese räumliche Nähe zu der in der Weimarer Republik bereits voll industrialisierten, urbanen Insel Kassel kann indessen gravierende sozio-ökonomische und politische Unterschiede zwischen beiden Regionen nicht verdecken<sup>1</sup>. Den Anschluß an eine industrielle Moderne haben weite Teile des Kreises Fritzlar in den 20er und 30er Jahren noch kaum vollzogen. Zwar ist – bezogen auf die formalen Kategorien der Reichsstatistik – der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung im Landkreis Kassel mit 39,7% noch nahezu gleich groß wie im südlichen Nachbarkreis mit 39,4%, Arbeiter machen in beiden Kreisen 37% der Bevölkerung aus, doch suggeriert das Ähnlichkeiten, die von der sozialen Realität nicht gedeckt sind. So ist mit 11% der Anteil der Landarbeiter an der Fritzlarer Bevölkerung noch erheblich, er beträgt fast ein Drittel aller Arbeiter und deutet im Unterschied zur stärker industriell geprägten Arbeiterschaft des nahen Kasseler Umlandes auf eine wesentlich stärkere Dominanz des landwirtschaftlichen Sektors im Kreis Fritzlar hin. Neben vor Ort beschäftigten Landarbeitern pendelt eine nicht genau zu beziffernde Anzahl Fritzlarer Arbeiter – hauptsächlich aus den nördlichen Kreisorten – nach Kassel zur Arbeit ein. Die Quellen sprechen zumeist von Bauarbeitern. Echte Industriearbeiter mit Arbeitsplätzen in der Großindustrie Kassels gibt es im Kreis kaum. Die sieben Steinbrüche im Kreis Fritzlar mit durchschnittlich 58 Beschäftigten als größte Betriebe des Kreises ändern an diesem Bild nichts. Damit ist ein gewichtiges Strukturproblem des Kreises angesprochen: Es gibt praktisch keine Industrie: Die einzige Fabrik im Kreis ist eine Zuckerfabrik, also ein reiner Saisonbetrieb. Entwicklungsimpulse von außerhalb kommen, außer im erwähnten Kreisnorden – und auch da nur in wenigen verkehrsgünstig gelegenen Orten – nur vom Kraftwerk Borken, das an der südlichen Kreisgrenze im Nachbarkreis Homberg liegt<sup>2</sup>. Die Betreibergesellschaft baut einen südlichen Kreisort (Kleinenglis) zur Arbeiterwohnsiedlung aus, mit dort allerdings gravierenden sozio-politischen Konsequenzen: lokale Auflösung traditioneller Bindungen an parochiale Politik, an Kirche und „bäuerliches“ Leben, dazu Hinwendung zu linker, organisierter Politik der Variante SPD. Dieser Ort, das sei vorweg erwähnt, bleibt in einer sich rasant faschisierenden Umgebung bis 1933 eine Domäne der Arbeiterbewegung, wie sonst nur zwei, drei Orte im Norden des Kreises. Die NSDAP ist und bleibt hier ohne Chance. Von außen induziert ist dieser Wechsel der politischen Kultur eines kleinen isolierten Ortes interessanterweise auch dadurch, daß ein erheblicher Teil der Kraftwerksarbeiter – aus anderen Reichsgebieten (aus dem Osten des Reiches) zugewandert – Industrieerfahrungen und Erfahrungen mit linker, organisierter Politik mitbringt.

Der Großteil der „Arbeiter“ ist im Kreis selbst beschäftigt und dort nicht in Industriebetrieben. Das Bau- und Baunebengewerbe ist größter Arbeitsplatz-



anbieter im Kreis, gefolgt vom Handel. Hier zeigt sich die Strukturschwäche des Kreises deutlich in der Betriebsgröße. In der Baubranche sind es 4,8 Beschäftigte pro Betrieb im Durchschnitt, im Handel 1,9. Der Kreisdurchschnitt für alle Gewerbebetriebe liegt bei 3,1 (zum Vergleich: für den Regierungsbezirk Kassel insgesamt liegt dieser Wert bei 5,1). Für Industrie und Handwerk lauten die Vergleichszahlen 3,5 (Fritzlar) und 6,0.

Kleine Betriebe, kaum Expansionschancen, schlechte Strukturbedingungen – so könnte das Fazit zur Sozialstruktur lauten. Dieses Bild bestätigt sich für die Betriebe auch im Einkommensteueraufkommen. Liegt der Reichsdurchschnitt gezahlter Einkommensteuer dort bei 4 584,— RM, so lautet der Vergleichswert für Hessen-Nassau 3 009,— RM, für den Kreis Fritzlar nur noch 1 436,— RM. Dies ist noch weiter zu differenzieren nach Bauern mit 1 208,— RM und Gewerbe mit immerhin 2 374,— RM. Das ist eine Umschreibung für Armut, allerdings nicht für durchgängige Pauperisierung. Die Fritzlarer sparen selbst in der Weltwirtschaftskrise noch. Fast alle im Kreis vertretenen Banken verzeichnen noch 1932 wachsende Einlagen, allein die Kreissparkasse hält in diesen Jahren Guthaben von 75,— RM pro Kopf der Bevölkerung. Damit unterscheidet sich der Kreis deutlich von Durchschnittsdaten auf Reichsebene: Dort sind Einlagenabzüge von über 80% zu konstatieren (1928–1933). Auch die Zahl der Konkurse hält sich im Kreis in Grenzen. 1931–1933 werden 304 Offenbarungseide gezählt. Sie betreffen selten die Landwirtschaft (4,6% der Fälle), die Rückkehr zur naturalen Subsistenzwirtschaft hatte vielen Bauern das Überleben in der Krise gesichert. 23,4% der Pleiten dieser Zeit entfallen auf das Handwerk, weitere 53,3% auf das Gewerbe, vor allem auf Händler; aber unter den Betroffenen finden sich auch 10,9% Arbeiter. Es trifft kaum größere Betriebe: so geht beispielsweise von den Baubetrieben keiner in der Krise unter. Der Spartick vieler Fritzlarer und die Möglichkeit der Landwirtschaft zur naturalen Subsistenzsicherung treibt die an Geldzirkulation gebundenen Kleinbetriebe im sekundären und tertiären Bereich an den Rand des Abgrunds, nicht aber die Bauern. Das muß man wissen, wenn später wahlanalytische Plausibilitäten zur Herkunft des NS-Elektorats aufgestellt werden.

Vielen Arbeitern geht es da schon schlechter. Die Zuckerfabrik, die Baubetriebe, all das sind Saisonunternehmen. Entsprechend hoch bleibt über die ganze Zeit der Weimarer Republik hinweg die saisonale Arbeitslosigkeit. Im Nachwinter des Inflationsjahres 1923/24 sind beispielsweise 1 300 Arbeiter ohne Broterwerb; das sind ein Drittel aller Arbeiter mit ihren Familien. Allerdings verschlechtert die Krise nach 1929 die Lage hier erheblich. Im Mai 1932 sind 2 258 Arbeitssuchende gemeldet, von denen nur noch 26% Arbeitslosengeld beziehen, 18% „leben“ ganz ohne öffentliche Unterstützung. Der wöchentliche Kaufkraftverlust im Kreis errechnet sich auf 45 000,— RM und entspricht damit annähernd dem gesamten einkommensteuerpflichtigen Einkommen im Kreis. Das trägt verständlicherweise sehr erheblich zu den Problemen im Handwerk und im Handel bei. Zusätzlich belastet das Arbeitslosenproblem die öffentlichen Kassen, vornehmlich den Kreishaushalt – allerdings deutlich schwächer als den Nachbarkreis Kassel: Keine der Kreisgemeinden und Städte geht in „Konkurs“, fast über den gesamten Zeitraum können die lokalen Etats ausgeglichen werden. Allerdings sind die Arbeiterwohngemeinden im Norden härter betroffen als die bäuerlich-mittelständischen im Süden. Zur Defizitfinanzierung werden auch Steuern erhöht bzw. neu eingeführt. So



steigert sich der Hebesatz der 1930 in der Kreishauptstadt Fritzlar eingeführten berüchtigten Bürgersteuer von 100 % auf 500 % in 1932. Dabei muß man sich allerdings die finanzielle Wirkung vor Augen halten. Bei einem städtischen Etat von 670 000,— RM, dem niedrigsten der Jahre 1928 bis 1933<sup>3</sup>, aber auch dem einzigen, der den Titel „Krisenetat“ annähernd verdient, beträgt das Aufkommen aus Bürgersteuern ganze 9 500,— RM. Im gleichen Jahr werden allein durch Gehaltskürzungen 30 000,— RM eingespart mit den erwähnten krisenverstärkenden Konsequenzen. Im gleichen Jahr betragen die Fritzlarer Unterstützungszahlungen für Arbeitslose 45 000,— RM, die des Kreises sogar über 400 000,— RM. Das bedeutet für die öffentlichen Haushalte zwar erhebliche Verschiebungen in den einzelnen Etatposten, nicht aber den Ruin. Per Saldo kommt der Kreis – beispielsweise auch im Vergleich zum angrenzenden Kasseler Landkreis<sup>4</sup> – relativ gut über die Runden.

Nun könnte man vermuten, eine solche Krise, die zwar im Kreis deutlich spürbar ist, aber keineswegs jeden gleichermaßen betrifft, hätte zu breiten Solidaritätsmaßnahmen führen können. Das ist aber nicht der Fall, obwohl die Möglichkeiten für eine materielle Lastenverteilung damals im Kreis Fritzlar nach der „Buchform“ weit größer waren als beispielsweise im Nachbarkreis Kassel: Geld war vorhanden, es wurde weiter produziert, vor allem in der Landwirtschaft. Neben den gesetzlich festgelegten Krisenhilfen für Arbeitslose erschöpft sich die materielle Solidarität in weihnachtlichen Kleider- und Kartoffelspenden – das sind Tropfen auf den heißen Stein. Anstelle von Solidarisierungen findet sich vielmehr eine deutliche Verschärfung der sozialen Hauptkonflikte im Kreis zwischen dem alten Kleinbürgertum der Handwerker, Gewerbetreibenden und Bauern einerseits und den Arbeitern andererseits.

Diese Konfliktlinie, seit dem Entstehen der Arbeiterbewegung in der Region auch im Kreis Fritzlar virulent, in der Mitte der 20er Jahre nur oberflächlich politisch überdeckt, bricht nun zu Beginn der 30er Jahre heftig auf. Sie determiniert letztendlich den Aufstieg der NSDAP als Versuch des akut und strukturell ökonomisch geschwächten, politisch noch wenig organisierten alten Kleinbürgertums, gleichsam mit Gewalt und im Konflikt mit der scheinbar viel durchsetzungsfähigeren Arbeiterbewegung Anschluß an den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu gewinnen, ohne aktiv die Basis der eigenen Produktionsweise strukturell zu verändern bzw. zu modernisieren. Letzteres nämlich konnten sich diese Fritzlarer weder so recht vorstellen noch wünschten sie es. Für diese Fritzlarer war ihre Existenz als kleine Handwerker, Bauern und Händler – so wie sie eben war – eine *conditio sine qua non* ihres Lebens überhaupt, die in Frage zu stellen für sie gleichbedeutend war mit ökonomischen, sozialen und letztendlich physischen Untergangsängsten<sup>5</sup>. Verschärft wurden solche Deutungsmuster von der Bedrohung durch „Niederlagen“, die sie in den wenigen Jahren seit 1914 bereits erlitten hatten, oder glaubten, erlitten zu haben.

\* \* \*

1918/19 hatte das zuvor politisch unangefochtene Kleinbürgertum seine Hegemonie zumindest in Teilen des Kreises *de facto* verloren. Die deutsche Niederlage im 1. Weltkrieg, die scheinbar drohende Gefahr einer „Bolschewi-



sierung“ des Reiches, später die Inflation, andauernde Probleme der Reproduktion der eigenen sozialen Gruppe – all das mußte als Kette von Niederlagen erfahren werden. Sie mußte um so bedrohlicher erscheinen, als die Arbeiterklasse, diese Gestalt gewordene Zukunft pauperisierter Kleinbürger, nicht nur Menetekel war, sondern offenbar auch über die besseren Karten im politischen Spiel um die Zukunft zu verfügen schien. Eine Sozialdemokratie, von der es – anders als im Landkreis Kassel – im Kaiserreich zumeist nur geheißen hatte, sie trete kaum öffentlich hervor, etablierte seit 1918 im Kreis eine starke Parteiorganisation. Es wurden Gewerkschaften aufgebaut, die sich in Streiks und Tarifauseinandersetzungen einließen. Das bürgerliche Vereinsleben verdoppelte sich: Nahezu in jedem Ort, in dem es Arbeiter gab, entstanden auch Arbeitervereine.

In ökonomisch dauerhaft gefährdeter Situation mußte das Kleinbürgertum auch politisch den Kampf mit seiner eigenen Zukunft-als-Möglichkeit, der Arbeiterbewegung aufnehmen. Dazu war es nicht in der Lage und zunächst auch kaum willens. Es bildete nach 1918 Bürgerwehren zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“. Sie kamen allerdings nicht zum Einsatz, denn die „Revolution“ blieb aus im Landkreis Fritzlar. Die Sozialdemokratie – andere „linke“ Parteien kommen über ein Randdasein in Fritzlar im Unterschied zum Landkreis Kassel nicht hinaus – stellte sich den Wahlen. Eine Art „Machtergreifung“ wurde weder von außen betrieben noch vor Ort. Aber der Klassenkonflikt war damit offen auf der politischen Bühne installiert. Die Austragungsmodalitäten verlagerten sich zwar von einer latenten Konfrontation auf der Straße während der sogenannten Prosperitätsphase der Republik in die Magistrate und Dorfparlamente; indessen blieb die Frontstellung scharf. Zwischen Arbeitern und Kleinbürgertum gab es kaum Berührungspunkte – nicht in der Politik, nicht in den Vereinen oder sonstwo. Allerdings gelang es dem Kleinbürgertum nicht, sich in dieser Phase von traditioneller Honoratiorenpolitik zu trennen. Eine mit dem Reich vermittelte organisierte Politik, die widersprüchliche Interessen dieser Schicht zu integrieren in der Lage gewesen wäre, wurde im Fritzlarer Kreis nicht aufgebaut – dies im Kontrast zur Arbeiterbewegung, die mit der Sozialdemokratie über ein schlagkräftiges Politikinstrument seit 1918 verfügte, dessen Vertretungsmonopol auch in den späteren Jahren der Weimarer Republik durch die Konkurrenz der KPD kaum berührt wurde. Einen vergleichbaren Stand organisierter politischer Durchsetzungsfähigkeit zu entwickeln, brauchte das Kleinbürgertum in Fritzlar – und auch anderswo, beispielsweise in Kassel und auf Reichebene – nach der Revolution noch einmal mehr als zehn Jahre.

In der Ökonomie wird gegen Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre von den vor Ort bereits bestehenden Wirtschaftsvereinen (soweit möglich) der Weg supralokaler Expansion beschritten. Das trifft für die Bauern zu, die über den eigenen und lokalen Verbrauch hinaus produzieren. Ihre Form findet diese Expansion in Absatzgenossenschaften, die bis Frankfurt und das Ruhrgebiet liefern. Damit wird aber gerade der Weg beschritten, der in Verbandsstellungen aus dieser Zeit vom Kleinbürgertum aufs schärfste bekämpft wird: Die ökonomisch leistungsfähigsten Teile der Bauern stellen sich der Konkurrenz, ähnlich Teilen des Gastgewerbes. In Anfängen, seit Beginn der 30er Jahre, vertritt hier eine einflußreiche Lobby den Ausbau des Fremdenverkehrs. Damit unterlaufen diese Gruppen, ohne das zur Kenntnis zu nehmen, eine ih-



rer politischen Hauptforderungen, diejenige nach Konkurrenzschutz durch den Staat. Teile des Kleinbürgertums, hier besonders das Baugewerbe, fahren nach dem Abflauen der Krise auf dem *Status quo ante* fort, in nicht geringem Umfang alimentiert durch öffentliche Aufträge. Der Ausbau der Wehrmacht zeitigt auch für Fritzlarer einige – nicht produktive – kommerzielle Wirkungen. Etliche kleine Schuster und Händler dagegen bleiben auf der Strecke. Partielle Organisation ökonomischer Interessen wird verwirklicht, wo es durchsetzbar ist. Aber eine bewußte Akzeptanz von Marktnotwendigkeiten einschließlich ihrer konkurrenzbedingten Folgen fehlt sonst durchgehend. Die alten Forderungen des Kleinbürgertums nach Staatshilfe und Staatsschutz verstummen keineswegs, und die Aufgabe des eigenen (Klein-)Unternehmens erscheint den meisten weiterhin undenkbar. Der Vorwurf an die Arbeiter, von deren Einkünften viele Fritzlarer nicht zuletzt abhängig sind und bleiben, ihnen gehe es zu gut, wird selbst zu Zeiten weiter erhoben, als die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zumindest für die Öffentlichen Hände auch ideologisch akzeptiert wird (etwa ab 1932) und Arbeitsbeschaffungsprogramme größeren Stils konzipiert werden. Die Frontstellung gegen Arbeiter bleibt *ultima ratio* allen politischen Denkens im Kleinbürgertum. Forderungen nach Existenzerhaltung und Zukunftssicherung sind zwar genuin ökonomische, sie werden aber an eine sich politisch definierende Instanz gerichtet, an den Staat.

(Konkurrenz-) Schutzforderungen und ähnliches haben in Hessen übrigens Tradition. „Man“ wendet sich im Kleinbürgertum schon gegen die Arbeiterklasse, als es sie hier – zumindest als Industrieproletariat – noch gar nicht gibt. Gewerbefreiheit und die damit verbundene Auflösung patriarchalisch-feudaler Arbeitsverhältnisse werden vom Kleinbürgertum nicht als liberalisierende Expansionschance begriffen, sondern als Bedrohung der alten Ordnung. Dies war verbunden mit der dauerhaften Angst vor Handwerksburschen, die nun in die doppelte Freiheit des Arbeiterdaseins entlassen werden. Als die Kasseler Industrie wächst und das dortige Proletariat sich zu organisieren beginnt, also am Ende des vorigen Jahrhunderts, wird die Angst nicht kleiner. Allerdings: In der Enge des preußischen Kaiserreichs werden konkurrenzbedingte Pauperisierungsprozesse im Kleinbürgertum der Händler und Handwerker zwar bereits spürbar, „man“ sieht sich aber andererseits in der Sonne symbolischer Gratifikationen, „man“ fühlt sich groß als Mitglied einer „staatstragenden Gesellschaftsgruppe“ in einem scheinbar prosperierenden Reich mit Weltmachtambitionen. Um 1930 ist das alles anders – mit einer wesentlichen Folge, um die es hier geht. War Politik im Kaiserreich in gewisser Weise im Kleinbürgertum noch gar nicht nötig, jedenfalls nicht als Organisation von Interessenstrategien, weil u. a. der Gegner Sozialdemokratie durch Wahlrechtsbesonderheiten, soziale Stigmatisierung und anderes nur mühsam groß wurde, weil „man“ sich zudem mit dem Kaiser als höchstem Repräsentanten des politischen Systems eins wußte im gleichen Geiste, so reicht in der Weimarer Republik diese Politikform, die sich auf dem Lande als Honoratiorenpolitik darstellt, nicht mehr aus.

Der – bei Gefahr des Untergangs – folgende Anpassungsprozeß im Kleinbürgertum ist äußerst mühsam und aggressionsgeladen. Er verläuft zu langsam und zu spät. Jetzt zeigt sich, daß die scheinbare Ruhe und die Ordnung des Kaiserreichs Makulatur waren angesichts der Dynamik der Produktivkraft-



entwicklung, und daß politische Anpassungsleistungen im Kleinbürgertum verschlafen worden sind. Es gibt in den ersten zehn Jahren der Weimarer Republik keine Politikform im Kleinbürgertum, die deren widersprüchliche Interessen zu integrieren und mit Durchsetzungschancen auszustatten fähig ist; eigene Erfahrungen, auf denen „man“ aufbauen könnte, bestehen organisatorisch höchstens in der Vereinskultur; politische Parteien als moderne schlagkräftige Organisationen mit gesamtgesellschaftlichem Aktionsradius gibt es nur beim Gegner, bei den Arbeitern.

\* \* \*

Etwa bis 1927/28, also bis zum Ende der „Goldenen Zwanziger“, versucht man es – nicht nur in Fritzlar – mit Parteien, die im wesentlichen schon aus der Kaiserzeit bekannt sind, mit politischen Organisationen also, die lokal keine sind, die sich nur zu Wahlzeiten mehr oder weniger formell auf die bekannten örtlichen Honoratioren als ihre jeweiligen Listenkandidaten festlegen. Parteiveranstaltungskontinuitäten zwischen Wahl-Perioden gibt es praktisch nicht, ebensowenig „echte“ Wahlkämpfe. Noch 1932, als es für das klassische bürgerliche Parteienspektrum aus DDP, DVP, DNVP und – als städtische Fritzlarer Besonderheit – Zentrum längst um die Existenz geht, finden zwischen Februar bis November 32 (Wahl-)Veranstaltungen dieser Parteien statt, davon allein acht des Zentrums, 18 der DNVP; im Rest von sechs Veranstaltungen sind auch solche der Durchgangsparteien Landvolk, CSV und Wirtschaftspartei enthalten. Dem stehen gegenüber 209 NSDAP-, 132 SPD- und 53 KPD-Veranstaltungen, jede dieser drei Parteien allein bietet im Kreis weit mehr Veranstaltungen an als alle bürgerlichen Gruppierungen zusammen<sup>6</sup>.

Die Nicht-Präsenz der vier bürgerlichen Parteien im Kreis trifft sich mit einer weit verbreiteten Abneigung gegen den Berliner parlamentarischen „Parteihader“. Der Ausweg daraus kann aber nur heißen: „Man“ lernt vom politischen Gegner bzw. der macht vor, daß sich mit politischen Großorganisationen auch (Interessen-)Politik machen läßt. Ohne moderne Organisation geht es nicht mehr. Die traditionellen Parteien sind allerdings verschlissen, zu sehr mit dem vom Kleinbürgertum abgelehnten Weimarer System verbunden, sind nicht effektiv.

Einzigste Ausnahme bleibt das Zentrum. Dieses soll hier kurz exkursorisch behandelt werden, weil Fritzlar-Stadt damals mit über 2300 Katholiken von zusammen rund 4000 Einwohnern die einzige katholische Exklave weit und breit darstellt. Hier hat sich historisch ein geschlossenes katholisches Milieu entwickelt, das in der Weimarer Republik auch parteipolitisch präsent ist. Fritzlar-Stadt ist in dieser ganzen Zeit bis 1933 fest in der Hand des Zentrums, wobei die Partei zu lokalen Wahlen unter dem Namen „katholische Liste“ antritt – ein, auch von anderen bürgerlichen Parteien geteilter, deutlicher Hinweis übrigens auf partikularistische Abgrenzungsbestrebungen gegen den „Parteihader“ in der Berliner Metropole und im Reich, welche bis in den politischen Katholizismus vor Ort hineinreichen. Als einziges bürgerliches Milieu kann das katholische mit Kirche und Vereinswesen, mit seiner Integration in die städtische Infrastruktur (Schulen, Krankenhaus) und politischer Partei Identifikations- und Sinnstiftungsangebote bereitstellen, die den widersprüchlichen Entwicklungstendenzen im Kleinbürgertum, soweit es kathol-



lisch ist, Stabilität auch in der Krise verleihen. Allerdings setzt die Entstehung eines solchen sozialmoralischen Milieus eine genügende Zahl von Mitgliedern voraus.

DDP, DVP und DNVP jedenfalls gehen seit 1928 (im Unterschied zum Zentrum) ihrem politischen Ende entgegen<sup>7</sup>. Ein Blick auf die folgende Tabelle der Saldenbilanzen soll das für den jeweiligen Wähleranhang der Parteien im Kreis zeigen. Die Tabelle umfaßt mit den Reichstagswahlen (RT) von 1928 bis Juli 1932 (RT I) den Zeitraum, der den Aufstieg der NSDAP markiert. Spätere Wahlen (November 1932/RT II und März 1933) spielen für diesen Prozeß der Zerschlagung des alten und die Formierung des neuen, NSDAP-geprägten bürgerlichen Parteienspektrums in Fritzlar keine Rolle mehr. Es werden absolute Zahlen mitgeteilt, die exakter als Prozentwerte die Proportionen der Gesamtverschiebungen anzeigen können:

Saldenbilanz 1928-1932					
	1928/RT	1930/RT	Differenz	1932/RT I	Differenz
NSDAP	229	3065	+ 2836	9242	+6177
SPD	5557	6049	+ 492	5246	- 803
KPD	198	497	+ 299	924	+ 427
DNVP	2902	551	- 2351	612	+ 61
DVP	1282	344	- 938	91	- 253
DDP	733	404	- 329	90	- 314
WiP	655	480	- 175	26	- 454
CSVD	—	760	+ 760	194	- 566
Landvolk	1096	2317	+ 1221	8	- 2309
Zentrum	1094	1135	+ 41	1231	+ 96
Sonstige	472	220	- 252	37	- 183
Gültige Stimmen	14378	15905	+ 1527	17701	+ 1796
Wahlberechtigte	18101	18788	+ 687	19204	+ 416

Der Tabelle ist zu entnehmen, daß die Gewinner 1930 – neben SPD und KPD – der pietistische CSVD und noch einmal in erheblichem Ausmaß das Landvolk sind, auch schon die NSDAP. Aus dem Bedeutungsschwund der Altparteien ziehen die bürgerlichen Wähler zunehmend den Schluß, es müsse mit neuen Parteien versucht werden. Schon in einer ersten kleineren Welle gewinnen 1928 die Wirtschaftspartei (WiP) – eher in den Kleinstädten – und das erstmals kandidierende Landvolk – eher in den Dörfern – an Anhang. In der zweiten Welle (1930) läßt die Wirtschaftspartei an Bedeutung schon nach, der CSVD kommt als neue Alternative dazu, das Landvolk kann sich noch einmal mehr als verdoppeln, es ist – hinter der NSDAP – nun größte bürgerliche Partei im Kreis, die DNVP hat diese Rolle 1930 klar abgegeben.

Ein Jahr zuvor, bei Kommunalwahlen im November 1929, hatte sich bereits gezeigt, daß das bürgerliche Lager erstmals parteipolitisch erheblich in Bewegung geraten war. Besonders erfolgreich waren neuformierte „Arbeitsgemeinschaften“, dies waren primär Bündnisse von Altparteien mit Interessenverbänden und den sog. Durchgangsparteien (WiP, CSVD pp.) in wechselnden



Kombinationen – je nachdem, ob es sich um Kommunallandtags- oder Kreistagswahlen handelte. Diese „Arbeitergemeinschaften“ waren partikularistisch auf Hessen oder auf noch kleinere räumliche Einheiten bezogen und damit ein erneuter deutlicher Protest gegen die Metropolenpolitik. Sie markierten darüber hinaus eine wichtige Station auf dem Weg zu jenen Ein-Programmpunkt-Parteien, wie sie vor allem das Landvolk<sup>8</sup> ein Jahr später im Kreis erfolgreich repräsentiert; aber auch die WiP gehört in diese Gruppe und der primär auf pietistische „Heilserlangung“ zielende CSVD.

Zwischen 1928 und 1930 vollzieht sich also weniger eine Zersplitterung des bürgerlichen Parteienspektrums als vielmehr dessen Umorientierung. Es geht stets um höchstens sechs bürgerliche Parteien von Bedeutung – plus Zentrum; alle anderen bürgerlichen Parteien spielen nur eine zu vernachlässigende Rolle, bis 1932 werden sie sogar völlig bedeutungslos, wie ein Blick auf die Tabelle der Saldenbilanz zeigt.

\* \* \*

1930 erhält erstmals eine Partei neuen Typs nennenswert Zulauf: die NSDAP. Diese Partei unterscheidet sich fundamental von anderen bürgerlichen Parteien: Sie ist organisatorisch wie politisch-strategisch vor Ort präsent. Die NSDAP hält – parallel zum beginnenden Ausbau eines Ortsgruppennetzes im Kreis – bereits 1930 71 Versammlungen ab, und zwar eben nicht nur zu Wahlkampfzeiten; im ersten Halbjahr 1931 folgen weitere 42<sup>9</sup>. Sie verbindet – im Unterschied zu den Ein-Programmpunkt-Parteien – einen umfassenden Interpretationsentwurf der Gesellschaft (dessen wesentliche Bestandteile Antikommunismus und Nationalismus im Kreis schon zuvor ideologisch fest verankert sind) mit öffentlich sichtbaren organisatorischen Auf- und Ausbaustrebungen. Das haben bis zuletzt noch die Ein-Programmpunkt-Parteien versäumt. Dazu ist deren Basis zu schmal; selbst beim zeitweilig recht erfolgreichen Landvolk ersetzen die Verbindungen zu den Kreisbauernschaften einen durchorganisierten Parteiapparat mit auf Erlangung politischer Macht gerichteter Zielsetzung nicht.

Die NSDAP nimmt die ins Politische übersetzten ökonomischen Krisenerfahrungen des alten Kleinbürgertums in der Form auf, wie sie als Forderungen zuvor an den Staat gerichtet worden sind: Hoffnungen auf den Schutz kleinbürgerlicher Ökonomie in einem starken Staat. Die NSDAP verstärkt ferner die lange eingeübte Gegnerschaft zur Arbeiterbewegung; sie appelliert an die schwer angeschlagenen narzistischen Selbstgefühle dieser gesellschaftlichen Schicht, verspricht dabei die Rekonstruktion alter „Macht und Herrlichkeit“. Dies unterscheidet sich ideologisch nur graduell von den Altparteien; aber die NSDAP setzt zusätzlich ihr Programm in präsenste Aktion vor Ort um. Das tun die anderen Parteien nicht. Darüber hinaus verspricht die NSDAP mit der schon früh parallel im Kreis aufgebauten SA, ab Mitte 1932 auch mit dem Aufbau von NS-Frauenschaften zum mindesten in Ansätzen die (Re-)Konstruktion von Milieu. Die NSDAP vermittelt so erfolgreich den Eindruck, die „gute alte Zeit“ mit den politischen Erfordernissen der Moderne verbinden zu können.

Ganz dementsprechend stammt der NS-Anhang – wahlanalytisch – nicht aus dem Zentrums-Elektorat und weitgehend auch nicht aus Überläufern aus



der Arbeiterbewegung. Beide können nämlich *cum grano salis* ihrer Klientel bereits bieten, was das Kleinbürgertum nicht hat: ein Milieu, gekoppelt mit politischem Effizienzversprechen. Die Schwäche dieser bereits bestehenden beiden Milieus im Kreis ist nicht, daß ihre Anhänger zur NSDAP gehen. Die Schwäche dieser Milieus ist es, daß sie nicht expandieren. Wahlanalytisch zeigt sich das an sehr hohen Stabilitätskoeffizienten<sup>10</sup>. Angesichts der verfestigten politischen Konfliktlinien im Kreis wäre es auch höchst verwunderlich, wenn in Phasen zugespitzter Krisenerfahrungen evangelische Kleinbürger zum ultramontanen Katholizismus oder zur Arbeiterbewegung übergegangen wären.

Insbesondere auch die SPD hat den Kleinbürgern im Kreis nichts zu bieten; auf Reichsebene wird sie mit dem abgelehnten Weimarer „System“ identifiziert, im Kreis werden von ihr gelegentlich vorgebrachte sozialpolitische Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit als Griff in die Taschen des Kleinbürgertums aufgefaßt. Damit war schon in der Prosperitätsphase der Republik kaum bürgerlicher Anhang zu gewinnen gewesen. Es dürfte hinzukommen, daß die SPD unter Hinweis auf die Notwendigkeit legalistisch-parlamentarischer Formen von politischer Konfliktlösung der NSDAP weitgehend die „Straße“ überläßt, ihr also das Erscheinungsbild aktiven Eintretens für (klein-)bürgerliche Interessen nicht streitig macht und damit offensive Gegenpropaganda verhindert – und zwar „von oben“<sup>11</sup>: Es ist durchaus bekannt, daß Fritzlarer Funktionsträger der SPD in einigen Orten zu diesen Auseinandersetzungen mit der NSDAP bereit sind, aber beispielsweise vom seit 1929 amtierenden SPD-Landrat zurückgepiffen werden<sup>12</sup>.

Dieser sozio-ökonomischen und politischen Konstellation entspricht – wahlanalytisch – das Elektorat der NSDAP weitgehend. Mit einem allmählichen Übergang der Wählermehrheit zu dieser Partei gelingt politisch – und das ist deren wichtiger Effekt – eine Vereinfachung der Ausgangslage weg von scheinbarer politischer Zersplitterung und hin zu nur noch einem relevanten politischen Faktor, der NSDAP. Aus der statistischen Verteilung des Elektorats im Kreis läßt sich folgern, daß die NSDAP von 1928 bis 1930 überall ihre bürgerlichen Wähler einsammelt. Statistisch signifikante Beziehungen zu einzelnen Parteien lassen sich kaum finden. Der Zusammenhang wird aber deutlich, wenn die bürgerlichen Parteien statistisch als Block gefaßt werden. Übergangskorrelationen zeigen, daß die NSDAP 1930 von ehemaligen Wählern der DDP profitiert haben dürfte – in zahlenmäßig allerdings nur geringem Ausmaß, denn die DDP war im Kreis schon zu klein – und auch schon von zwischenzeitlichen Landvolkwählern. Diese Beziehungen sind nur schwach signifikant<sup>13</sup>. Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für den NSDAP-Aufstieg dürfte 1930 die Mobilisierung von bisherigen Nicht- bzw. Neuwählern gewesen sein; das jedenfalls zeigen Regressionsanalysen<sup>14</sup>.

Einen wichtigen Hinweis auf die Herkunft des NS-Elektorats liefert auch der bis zum Frühsommer 1932 zunehmend hohe statistische Zusammenhang des NS-Elektorats mit der bäuerlichen Bevölkerung im Kreis. Das ist in Fritzlar beispielsweise deutlich anders als im Nachbarkreis Kassel; es entspricht in Fritzlar für die Anfangsjahre des NS-Wachstums genau der Ausbreitungsrichtung der NSDAP, die sich zuerst in agrarisch-handwerklichen Orten im Süden des Kreises etabliert hat und sich von da aus in einer zweiten Etappe bis 1932 gleichmäßig in fast alle Kreisorte ausbreitet. Die südlichen „Bauerndörfer“



sind zudem häufig Orte mit unterdurchschnittlicher, bis 1932 dann aber am stärksten wachsender Wahlbeteiligung.

\* \* \*

Im April 1932 finden in den beiden preußischen Landkreisen Fritzlar und Kassel Landtagswahlen statt. Sehr deutlich zeigt sich hier, daß die NSDAP schon jetzt mit 8 764 Stimmen im Kreis Fritzlar fast ihr Optimum vom Juli 1932 erreicht. Neben der weiterhin hohen Bedeutung des Gesamtstimmenzuwachses für diesen zweiten Sprung der NSDAP nach oben spielt das Landvolk eine entscheidende Rolle, es sackt von 2 317 ab auf nahezu nichts: Am 31. Juli 1932 bleiben ihm noch acht Stimmen. Übergangskorrelationen zeigen, daß die NSDAP vor allem dort stark wird, wo zwei Jahre zuvor noch das Landvolk seine Bedeutung als zweitstärkste bürgerliche Kreispartei hatte ausbauen können. In der April-Wahl 1932 zeigt die NSDAP den höchsten statistischen Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung<sup>15</sup>.

Demgegenüber bleibt auch im Sommer 1932 wahlanalytisch – ganz entsprechend der politischen Konfliktstruktur des Kreises – Abgrenzung das Charakteristikum der Beziehungen von NSDAP und „Linken“ (SPD und KPD). Die statistischen Beziehungen der NSDAP zu den Resten der anderen bürgerlichen Parteien (DNVP, DDP, DVP und WiP sowie CSVD) sind in dieser Wahl kaum noch von Bedeutung.

\* \* \*

Zusammengefaßt läßt sich zum Aufstieg der NSDAP im Kreis Fritzlar sagen:

In einer durch langfristige ökonomische und politische Erosionsprozesse im Kleinbürgertum geprägten und seit der zweiten Hälfte der 20er Jahre zugespitzten Situation wird die NSDAP zu einer bürgerlichen Sammlungsbewegung neuen Typs, sie ist der modern organisierte Ausdruck eines rückwärts-gewandten sozio-ökonomischen Interesses. Die NSDAP ist zugleich Ausdruck zugespitzter Konfrontation mit der „Linken“, vornehmlich der SPD, welche der Politikstrategie der NSDAP nichts Gleichwertiges entgegensetzt; die NSDAP ist damit der Versuch, die sozio-politische Hegemonie des Kleinbürgertums mit altem Inhalt in neuer Form wiederherzustellen.

#### Anmerkungen:

- 1 Detaillierte Quellenangaben und Literaturhinweise finden sich in: Manfred Kieserling: *Faschisierung und gesellschaftlicher Wandel. Am Beispiel eines nordhessischen Kreises 1928-1933*, Diss. Kassel 1989, erscheint 1990. Das empirische Material zum Landkreis Fritzlar entstammt im wesentlichen Aktenbeständen des Marburger Staatsarchivs sowie der kontinuierlichen, zeitgenössischen Berichterstattung des Fritzlarer Kreisanzeigers zum Thema.
- 2 Der Kreis Homberg wird 1932 mit dem Kreis Fritzlar vereinigt. Die Strukturschwäche hinsichtlich des Industrialisierungsgrades wird dadurch eher höher.
- 3 Etatsummen Stadt Fritzlar: in Tsd. RM  

1928	1929	1930	1931	1932	1933
737	728	781	756	670	732
- 4 Vgl. Eike Hennig/Manfred Kieserling: *zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik*, Kassel 1990.



- 5 Das „große Sterben im Einzelhandel“ ist beispielsweise eine solche öffentlich vorgetragene Klageparole.
- 6 Für die Vorjahre fehlen vergleichbar genaue Archivquellen. Der Zeitungsberichterstattung zur Folge werden es kaum mehr bürgerliche Parteiveranstaltungen gewesen sein.
- 7 Die Stärke der DDP ist bereits von 1919 auf 1920 erheblich reduziert ; sie bleibt aber auf diesem Niveau dann bis 1928 relativ stabil.
- 8 Regressionsanalysen weisen auf einen positiven statistischen Zusammenhang des Landvolkes mit der DNVP ( $r^2 = .1784$ ), der DVP ( $r^2 = .1679$ ), der SPD ( $r^2 = .1311$ ) und dem Zuwachs der abgegebenen Stimmen ( $r^2 = .1628$ ) hin.
- 9 Danach ist die Berichterstattung bis in das Jahr 1932 hinein lückenhaft. Für die Annahme einer Abnahme der NSDAP-Aktivitäten gibt es aber keine Hinweise.
- 10 Stabilitätskoeffizienten bezeichnen hohe r-Werte bei Korrelationen der Partei A zum Wahlzeitpunkt t mit sich selbst zu Wahlzeitpunkt t + 1. Die Koeffizienten für das Zentrum liegen alle bei mindestens .95, die für die SPD bei mindestens .84.
- 11 Diese Politik der SPD ist zwar aus ihrer Parteitradition erklärbar und hat auch politiktheoretisch gute Gründe für sich - es bleibt aber zu fragen, ob Positionen angemessen sind, welche an der parteipolitischen Neutralität des Staates auch noch in Phasen latenten Bürgerkrieges festhalten. Hier machte sich auch das Fehlen eines Verfassungsschutzrechtes höchst negativ bemerkbar - allerdings auch die mangelnde Bereitschaft, die Republik und ihre Verfassung aktiv zu schützen. Vgl. dazu die Preußische Denkschrift von 1930: Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung, in: Robert Kempner (Hrsg.): Der verpaßte Nazi-Stop, Frankfurt/Berlin/Wien 1983.
- 12 Der Landrat war ein Kompromißkandidat. An seiner Ernennung waren beteiligt das preußische Innenministerium, der Regierungspräsident Kassel, vor Ort die SPD und die Kreistagszentrumsfraktion. Der Landrat verfügte über einiges persönliches Ansehen über seine Partei hinaus und kam in einer Situation zum Zuge, als die DDP in Berlin keinen eigenen Kandidaten präsentieren und durchsetzen konnte. Den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag entsprach ein SPD-Kandidat nicht.
- 13 DDP:  $r = .2082$ ,  $p = .073$ , Landvolk:  $r = .2013$ ,  $p = .080$ .
- 14  $r^2 = .2335$ .
- 15  $r = .5141$ .